

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
160 · Ausgabe CH · Februar 2016
AZB 3001 Bern



Die Durchsetzungsinitiative trifft die Falschen

Die Annahme der Durchsetzungsinitiative hätte gravierende Folgen für Secondas und Secondos in der Schweiz. Sie müssten damit rechnen, wegen absoluter Bagatelldelikten in ein «Heimatland» ausgewiesen zu werden, das die meisten von ihnen bestenfalls von den Ferien kennen. Seiten 2 und 3

CVP-EHE-INITIATIVE

Die Initiative der CVP kostet bis zu 2,3 Milliarden. Profitieren würden nur 2 Prozent der Bevölkerung – ausgerechnet jene mit hohem Haushaltseinkommen. Seite 4

NACHRICHTENDIENSTGESETZ

Auch in der Schweiz soll die Überwachung der elektronischen Kommunikation massiv ausgebaut werden. Zu glauben, dass sich damit Terroranschläge verhindern liessen, ist Wunschdenken. Seite 15

«Die Ausschaffungsinitiative»

UNTER DEM VORWAND, DIE AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE UMSETZEN ZU MÜSSEN, WIRD EIN PERFIDER ANGRIFF AUF UNSEREN RECHTSSTAAT, UNSER POLITISCHES SYSTEM UND DIE MENSCHENRECHTSKONVENTION GESTARTET. «DIESE DURCHSETZUNGSINITIATIVE IST EIN UNSCHWEIZERISCHES MONSTER», SAGT STÄNDERAT HANS STÖCKLI IM INTERVIEW.



Valérie Chételat

der Initiative in Bezug auf die EMRK oder das Freizügigkeitsabkommen mit der EU?

Diese Verträge würden klar verletzt. Das Personenfreizügigkeitsabkommen sieht zwar vor, dass straffällige Ausländerinnen und Ausländer ausgeschafft werden können, aber nur wenn sie schwere Straftaten begangen haben. Die Durchsetzungsinitiative hingegen will, dass Menschen ohne Schweizer Pass selbst bei leichten Delikten automatisch und ohne Rücksicht auf die Umstände ausgeschafft werden können. Die Umsetzung der Durchsetzungsinitiative würde so nicht nur den Richtern jeglichen Ermessensspielraum absprechen, sondern auch unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere jene aus der EMRK verletzen.

Ständeräte gelten in der Regel als eher zurückhaltend. Trotzdem haben – mit Ausnahme der SVP-Fraktion – alle Ständeräte dein Manifest gegen die Durchsetzungsinitiative unterzeichnet...

Die Unterstützung ist wirklich aussergewöhnlich. Zum jetzigen Zeitpunkt haben auch 11 alt BundesrätInnen, 62 alt StänderätInnen und über 200 aktive und ehemalige NationalrätInnen das Manifest unterschrieben!

Wie erklärst du dir dieses aussergewöhnliche Engagement?

Die breite Unterstützung aus allen politischen Lagern, aus allen Generationen und Landesteilen zeigt vor allem, wie gefährlich diese Initiative tatsächlich ist. Sie richtet sich nicht nur gegen Ausländerinnen und Ausländer, sondern zielt auch auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Sie ist ein unschweizerisches Monster. Geht es nach der SVP, soll das Parlament als Gesetzgeber ausgeschaltet und den Richtern jeglicher Interpretationsspielraum genommen werden. Die Annahme der Initiative wäre ein gravierender Systembruch mit unabsehbaren Folgen für unser politisches System.

Braucht es eine Durchsetzungsinitiative?

Nein, absolut nicht. Wir haben rechtzeitig und konsequent die Ausschaffungsinitiative umgesetzt, und zwar streng: Statt der von den SVP-Initianten verlangten Ausschaffung von jährlich 1500 bis 3000 verurteilten Ausländern wird das verabschiedete Gesetz zu über 4000 Ausschaffungen pro Jahr führen.

Geht es nach der SVP, sollen Personen ohne Schweizer Pass künftig selbst bei leichten Delikten ausgeschafft werden.

Die Durchsetzungsinitiative schafft ein Zweiklassensystem mit Schweizerinnen und Schweizern einerseits und Ausländerinnen und Ausländern andererseits. Besonders unver-

hältnismässig sind die Folgen der Durchsetzungsinitiative im Bereich der Bagatelldelikte. Gerade für Secundas und Secondos hätte die Annahme der Durchsetzungsinitiative gravierende Folgen.

Vor kurzem erklärte SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt allerdings, wer in der Schweiz geboren sei, werde auch bei Annahme der Durchsetzungsinitiative nicht ausgeschafft...

Eine solche Interpretation lässt der Initiativtext nicht zu. Die Parteileitung der SVP hat Vogt nach seiner Aussage ja auch gleich wieder zurückgepfiffen.

In der Durchsetzungsinitiative steht, dass sie allem «nicht zwingenden Völkerrecht» vorgehen soll. Welche Auswirkungen hätte eine Annahme

«Die Annahme der Initiative hätte für Secundas und Secondos gravierende Folgen.»

ist umgesetzt»



So schnell kann es so ungerecht werden

Bei schwerkriminellen Ausländern würde die Annahme der Durchsetzungsinitiative relativ wenig ändern – sie werden heute schon nach Verbüßung der Haftstrafe des Landes verwiesen, bei besonders schweren Straftaten ist das selbst bei Secondos möglich. Die Annahme der Initiative würde die Schweiz also nicht «sicherer» machen, wie von der SVP behauptet wird. Sie würde aber das Leben der rund 400 000 in der Schweiz geborenen und hier aufgewachsenen Secondos und Secondos ohne Schweizer Pass massiv verunsichern. Sie müssten ständig damit rechnen, wegen absoluter Bagatelldelikten in ein «Heimatland» ausgewiesen zu werden, das die meisten von ihnen bestenfalls von den Ferien kennen, wie die Beispiele von Maria und Graciano zeigen:

MARIA FRATTINI, 30, ITALIENERIN

Maria Frattini ist in Bern geboren und aufgewachsen. Sie hat zwei Kinder im schulpflichtigen Alter und lebt von ihrem Ehemann getrennt. Obwohl Maria Teilzeit arbeitet, reicht das Geld nicht und Maria muss deshalb für den Rest zur Sozialhilfe. Als ein Jahr später ihr neuer Freund bei ihr einzieht, deklariert sie das nicht sofort beim Sozialamt, weil die Beziehung noch nicht gefestigt ist. So erhält sie zu viel Unterstützung, weil die Untermiete hätte angerechnet werden müssen. Als sie die Beziehung und das Einzugsdatum ein paar Monate später offenlegt, ist der zuständige Sachbearbeiter empört. Er begnügt sich nicht mit der von Maria sofort angebotenen Rückzahlung der unrechtmässig bezogenen Unterstützung, sondern erstattet Anzeige wegen Sozialmissbrauchs. Bei Annahme der Durchsetzungsinitiative greift hier keine Härtefallklausel – Maria müsste das Land verlassen und ihre eingeschulten Kinder mit ihr.

GRACIANO DE ALMEIDA, 19, PORTUGIESE

Graciano de Almeida ist in Winterthur geboren und aufgewachsen. Nach der Lehrabschlussprüfung als Sanitär wird zusammen mit einer Gruppe Schweizer Kollegen am Tössufer so richtig gefeiert. Das mitgebrachte Bier ist bald getrunken und der Abend noch lang. Mit etwas Bedenken, aber angefeuert vom Rest der Gruppe und schon etwas angeheitert, hebt Graciano zusammen mit drei anderen die Tür eines nahegelegenen kleinen Kiosks aus den Angeln, wobei das Schloss beschädigt wird. Die Gruppe nimmt einen Kasten Bier mit an den Fluss. Weil einer der Schweizer Kollegen nachts im Dunkeln am Fluss sein Portemonnaie verloren hat, klopft bei diesem schon bald die Polizei an. Er erschrickt und packt umfassend aus. Er wird mit einer bedingten Geldstrafe bestraft – Graciano aber wird für mindestens 10 Jahre nach Portugal weggewiesen.



Steuer-geschenk für Reiche

DIE EHE-INITIATIVE DER CVP IST EIN MILLIARDENGESCHENK FÜR WENIGE SEHR GUT VERDIENENDE EhePAARE. DIE RECHNUNG BEZAHLEN WIR ALLE. DESHALB GEHÖRT SIE AM 28. FEBRUAR ABGELEHNT.

Steuer-geschenk für wenige und ein Milliardenloch

Nach einem Bundesgerichtsurteil, das die Ungleichbehandlung der Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren rügt, haben Bund und Kantone ihre Besteuerungssysteme angepasst. Heute betrifft die «Heiratsstrafe» nur noch rund 80 000 Paare mit hohem Nettoeinkommen. Ein Zweiverdienerhepaar mit Kindern ist ab 190 000 Franken betroffen. Trotzdem würde die Initiative Steuer-ausfälle von jährlich 1,9 Milliarden Franken beim Bund und 390 Millionen Franken bei den Kantonen und Gemeinden verursachen.

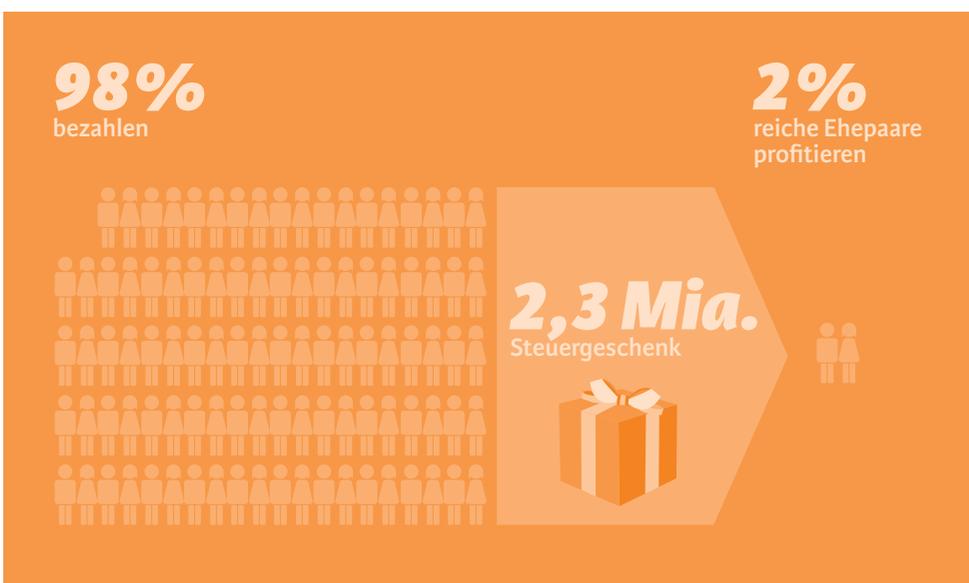
Rückständige und diskriminierende Ehedefinition

Die SP kämpft an vorderster Front für die «Ehe für alle». Diese Bemühungen werden durch die Initiative torpediert, weil sie die Ehe abschliessend als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definiert und damit gleichgeschlechtliche Paare explizit ausschliesst. Damit verbaut sie künftige gesellschaftspolitische Öffnungsschritte. Diese Diskriminierung von Menschen mit anderer sexueller Orientierung lehnen wir entschieden ab.

Faktisches Verbot der Individualbesteuerung

Die Definition der Ehe als Wirtschafts-gemeinschaft kommt einem Verbot der Individualbesteuerung gleich. Erstens gehört ein solches Modellverbot nicht in die Verfassung. Zweitens ist eine faire Besteuerung, die dem

Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt, nur mit einem Wechsel zur Individualbesteuerung zu erreichen. Die Individualbesteuerung hätte auch ökonomisch positive Effekte, weil sie Barrieren für die Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden abbaut.



KEIN GEGENVORSCHLAG

Auch die SP will die Heiratsstrafe beseitigen. Während der parlamentarischen Beratung der CVP-Initiative haben wir deshalb einen direkten Gegenvorschlag unterstützt, der die steuerliche Mehrbelastung von Ehepaaren beseitigen würde, ohne dass wir dafür einen gesellschaftspolitischen Rückschritt in Kauf nehmen müssten. Dieser wurde jedoch vom Parlament abgelehnt.

DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wurde von der CVP im November 2012 eingereicht. Die Initiative will die Benachteiligung von bestimmten Ehepaaren gegenüber gleich gut situierten Konkubinatspaaren bei der direkten Bundessteuer aufheben. National- und Ständerat sowie der Bundesrat lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab.



Transithölle Schweiz

EIN ZWEITER TUNNEL IST UNNÖTIG, VERKEHRSPOLITISCH UNSINNIG UND TEUER. ER BRINGT MEHR VERKEHR, STAUS UND UNFÄLLE, TORPEDIERT DIE BEWÄHRTE VERLAGERUNGSPOLITIK UND FÜGT DER UMWELT IM ALPENRAUM GROSSEN SCHADEN ZU.

Doppelt so viel Transitverkehr

Mit der 2. Röhre würde der Strassentunnel von 2 auf 4 Spuren ausgebaut. Die Beteuerungen, jeweils nur eine Spur zu öffnen, sind Augenwischerei: Was gebaut wird, wird auch genutzt. Neu würden doppelt so viele Lastwagen die Schweiz durchqueren wie bisher. Mehr Lastwagen verursachen mehr Lärm, Feinstaub und CO₂. Das Volk, insbesondere die Bevölkerung der Kantone Tessin und Uri, hat deshalb immer Nein zu einer 2. Röhre gesagt. Die Lastwagenflut würde die Schweiz zur Transithölle machen!

Vernünftige Sanierung möglich

Die Bezeichnung der Abstimmungsvorlage suggeriert, dass ohne Ja keine Sanierung möglich sei. Tatsache ist, dass eine Sanierung ohne zweiten Tunnel nachweislich durchführbar ist und bedeutend weniger kosten würde als der Bau einer 2. Röhre. Ein Nein zur 2. Röhre macht den Weg frei für eine vernünftige Sanierung, durch die der Tunnel grösser, heller und sicherer wird. Das Tessin bleibt dank einem Auto- und Lastwagenverlad und dem neuen Gotthard-Basistunnel während der Sanierung gut erreichbar.

DARUM GEHT ES

Der Strassentunnel am Gotthard muss saniert werden. Bundesbern und die Strassenlobby benutzen dies als Vorwand, um eine zweite Röhre zu bauen. Dafür hat das Parlament im September 2014 das Bundesgesetz über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet entsprechend angepasst. Das von einer breiten Allianz ergriffene und von der SP mitgetragene Referendum dagegen ist Mitte Februar 2015 erfolgreich zustande gekommen.

Milliardenloch in der Bundeskasse

Bau und Betrieb einer 2. Röhre kosten 3 Milliarden mehr als die vernünftige Sanierung des Tunnels. Geld, das dann dort fehlt, wo die wirklichen Probleme sind: Während das Verkehrsaufkommen am Gotthard seit 15 Jahren stagniert, hat sich der Verkehr in den Agglomerationen vervielfacht. Hunderttausende PendlerInnen stehen täglich im Stau oder quälen sich in überfüllte Züge. Statt unnötig Milliarden am Gotthard zu verlocken, braucht es Investitionen in den ÖV und in den Fuss- und Veloverkehr.

Torpedierung der NEAT

Mit dem Ziel, dass der Güterverkehr in Zukunft auf der Schiene durch die Schweiz rollt, hat das Schweizer Volk 24 Milliarden Franken in neue Eisenbahn-Alpentunnels investiert. Eine zweite Röhre sabotiert diese Milliarden-Investition, denn die Transportbranche würde weiterhin auf die Strasse statt auf die Bahn setzen. Im Juni 2016 wird der Gotthard-Basistunnel eröffnet, 2020 der Ceneri-Basistunnel. Seit 2007 ist der Lötschberg-Basistunnel in Betrieb.



**STAND
PUNKT**

GLEICH WIE WIR

Was in Köln passiert ist, ist schlimm. Was Köln mit den Medien macht, finde ich noch schlimmer. Ein Dambruch sondergleichen.

Ich habe praktisch alles zu Köln gelesen, was mir in die Finger kam. Es hat sich sogar ein bisschen zur Obsession entwickelt. Ich habe ein paar starke Texte von FeministInnen gelesen, die sich drüber aufregen, auf welcher plumpe Art Rechtskonservative sich das Thema zu eigen machen, nachdem sie in den 70er-Jahren heftig gegen das Frauenstimmrecht gekämpft haben. Ich habe viel über das Ende der Willkommenskultur gelesen und den kausalen Zusammenhang zwischen dieser und Köln bis jetzt nicht wirklich verstanden. Dann habe ich viele Texte gelesen, die mir echt zu denken geben. Die einen lassen sich problemlos am 80er-Jahre-Diskurs festmachen: «Lassen sich Männer aus arabischen Ländern überhaupt integrieren?», fragte die Sonntagszeitung. (Man wird ja wohl noch fragen dürfen. Ja sicher. In den 80er-Jahren bezog sich diese Frage auf den Tamilen in Lederjacke.) Texte, die offen kulturimperialistisch sind, wie zum Beispiel der Beitrag in der NZZ am Sonntag: «Phallisch aggressives Verhalten» (sic!) und «importierte Macho-Kultur» bedrohten unsere Zivilisation. Lehrreich der in der Woche darauf erschienene Text zum Verhältnis von Moslems zu Frauen: «Muslime verstehen die Frau in erster Linie als triebhaftes Wesen», wobei dieser irgendwie mehr über den Autor aussagt als über die Erörterung. Schlussendlich die vielen Texte, die beschreiben, dass Flüchtlinge im Fall nett sind, sich gut integrieren und sogar Suppe kochen, wenn die SchweizerInnen krank sind. Egal, aus welcher Ecke die Artikel stammen, etwas drückt praktisch überall durch: Sie und wir, wir und die anderen. Der Moslem. Der Syrer. Die Frauen. Edle Wilde, die helfen, dankbar sind und auch sauber. Oder aber Machos, Frauenschänder, Araber. Nicht zu ändern und jeder Versuch zwecklos.

Dieser ganzen Schande ist eigentlich nur eines entgegenzusetzen: Gleichheit. Es gibt keinen Unterschied zwischen uns und ihnen. Sie sind gleich wie wir, gleich an Würde und Rechten. Gleich wie wir, nur anderswo geboren. Oder, wie es der Entwicklungshelfer Kilian Kleinschmidt sagt: Da sind gute Typen dabei und auch Idioten.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Fürs Casino oder für die

BEI DER ABSTIMMUNG ÜBER DIE INITIATIVE «KEINE SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN» GEHT ES LETZTLICH UM DIE FRAGE, OB EINE WIRTSCHAFT, DIE MEHR UND MEHR AUF DIE FINANZMÄRKTE AUSGERICHTET IST, NOCH TRAGBAR IST. DIE SPEKULATION DES REICHSTEN PROZENTS DER WELTBEVÖLKERUNG SCHADET ALLEN ANDEREN ZUNEHMEND.

62. So viele Superreiche sind es gemäss der Studie der britischen NGO Oxfam, die gleich viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Seit den 1980er-Jahren hat die Vermögenskonzentration rasant zugenommen. Mit verheerenden ökonomischen Folgen: Das zunehmend konzentrierte Kapital findet kaum noch Investitionsmöglichkeiten in der Realwirtschaft. Die Investitionsquote sinkt. Banken vergeben immer weniger Kredite zu immer schlechteren Konditionen an die KMU. Stattdessen wird mit immer mehr Geld an den Finanzmärkten spekuliert, wo die kurzfristigen Gewinne viel höher sind. Preiswetten durch Banken und Hedge Funds bringen realwirtschaftlich aber keinerlei Nutzen. Sie führen vielmehr zu Preisblasen, die die Krisenanfälligkeit noch verstärken und die Ungleichheit vergrössern.

«Preiswetten durch Banken und Hedge Funds bringen realwirtschaftlich keinerlei Nutzen.»

Tödliche Folgen

Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus schmälert nicht nur das reale Wachstum, er entwertet auch die Arbeit. Stattdessen steht das Wetten an der Börse auf alles – auf Immobilien, auf Währungen, auf Aktien – zunehmend im Vordergrund. Dies ist ein grundsätzliches Problem. Bei der Nahrungsmittelspekulation hat diese Entwicklung aber unmittelbare tödliche Folgen.

Seit der kompletten Deregulierung der Finanzmärkte Ende der 90er Jahre ist es Finanzinvestoren möglich, auch auf die Preisentwicklung von Grundnahrungsmitteln zu spekulieren. Wie bei Immobilien oder Währungen führt dies zu erheblichen Preisschwankungen. In zahlreichen armen Ländern, in denen die Menschen bis zu 80 Prozent ihres täglichen Einkommens fürs Essen ausgeben, hat dies kata-

strophale Folgen. Allein die durch Spekulation verursachte Preisexplosion während der Lebensmittelkrise 2008 stürzte 100 Millionen Menschen zusätzlich in Hunger und Armut.

Breite Unterstützung

Das Beispiel Nahrungsmittelspekulation zeigt aber auch deutlich, dass unter der Spekulation die gesamte Volkswirtschaft leidet. Die Schweizer Landwirtschaft, die auf Futtermittelimporte und damit auf stabile Preise angewiesen ist, verliert durch die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln jährlich Millionen. Deshalb setzen sich die bäuerlichen Organisationen und selbst SVP-Nationalräte für die Spekulationsstopp-Initiative ein. Gemeinsam mit allen Schweizer Hilfswerken und zahlreichen kirchlichen Organisationen.



«Finanzmarktakteure verdienen mit ihrer Spekulation auf steigende Nahrungsmittelpreise Millionen auf Kosten der Ärmsten. Dies muss ein Ende haben.»

Hans-Jürg Fehr, Präsident Solidar Suisse



«Me spillt nöd mit em Ässe. Diese grundliberale, grundbürgerliche und grundchristliche Anstandsregel wurde mir von meinen Grosseltern und Eltern weitergegeben. Sie sollte allen anständigen Menschen einleuchten.»

Res Peter, Pfarrer am Zürcher Neumünster



«Die Initiative verhindert den Welthandel mit Rohstoffen in keiner Weise, aber sie unterbindet Nahrungsmittelspekulation durch Hedge Funds und dubiose Finanzmarktakteure.»

Rudolf Strahm, ehemaliger Preisüberwacher



«Die Spekulation auf Nahrungsmittel führt für die Bäuerinnen und Bauern weltweit zu einer massiven Verschlechterung ihrer Lebensgrundlage. Viele Konzerne, die mit Spekulation Profite machen, haben ihren Sitz in der Schweiz. Setzen wir ein Zeichen!»

Ulrike Minkner, Bäuerin und Vizepräsidentin Uniterre



«Ich unterstütze die Initiative. Bedarf es dazu wirklich noch einer Begründung? Das Anliegen spricht für sich selber. Hunger und Armut sind die wahren Ursachen von Krieg und Terror. Wer sich daran bereichert, macht sich mitschuldig.»

Moritz Leuenberger, alt Bundesrat

Realwirtschaft?



Im Abstimmungskampf verteidigen die Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien eine Form des Wirtschaftens, die eigentlich nicht in ihrem Interesse ist. Wer für Wachstum, Preisstabilität und Arbeitsplätze ist, muss die Finanzspekulation zurückdrängen. Hungerkrisen zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Das UNHCR schätzt, dass die Anzahl Hungerflüchtlinge in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Eine Politik, die gegen Flüchtlinge hetzt und Zäune baut, aber nicht bei den Fluchtursachen ansetzt, ist heuchlerisch, kurzsichtig und nur am Profit einiger weniger orientiert. Statt Probleme zu bewirtschaften, sollten wir beginnen sie zu lösen.

Mit einem Ja zur Spekulationsstopp-Initiative leisten wir nicht nur einen wichtigen und überfälligen Beitrag im Kampf gegen den Welt hunger. Wir setzen auch ein klares Zeichen für die Realwirtschaft.

Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz, Vizepräsident SP Schweiz



«Die Spekulation mit Nahrungsmitteln treibt die Preise für Reis, Mais und Weizen in die Höhe. Senegal zum Beispiel muss Reis importieren. 2008 stieg dort der Preis für Reis um 45 Prozent, mit der Folge, dass sich viele Familien plötzlich keinen Reis mehr leisten konnten.»

Ruth Dreifuss, alt Bundesrätin



«Als Bauer sehe ich meine Aufgabe darin, Nahrung für andere Menschen zu produzieren. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln stört weltweit die nachhaltige Produktion und Verteilung der Nahrung, sie führt zu Fehlproduktion, Unterversorgung und Hunger.»

Niklaus Bolliger, Biobauer, Hessigkofen



«In den Slums der Welt sterben bei jedem Preisaufschlag tausende Kinder. Die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel müsste deshalb sofort verboten werden.»

Jean Ziegler, Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates



«Mit Essen spielt man nicht! Die Spekulation an den Rohstoffbörsen führt zu starken Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln. Dies verhindert, dass sich arme Kleinbauernfamilien aus der Armut befreien können.»

Caroline Morel, Geschäftsleiterin Swissaid



«Eine zivilisierte Gesellschaft sollte die Finanzspekulation auf knappe Lebensmittel nicht tolerieren.»

Marc Chesney, Finanzprofessor an der Universität Zürich

Von privaten Problemen, Scham und Politik

«MEINE PROBLEME KOMMEN IN DER POLITIK GAR NICHT WIRKLICH VOR», SO HÖRT MAN IMMER MAL WIEDER LEUTE KLAGEN. EIGENE ERFAHRUNGSWELT UND POLITIK WERDEN ALS RADIKAL GETRENNT ERLEBT. ES FEHLEN DIE VERBINDUNGSTÜCKE, DIE «DOCKINGSTATIONS», ZWISCHEN DEN BEIDEN EBENEN.

Das lässt sich ändern. Denn ganz so stark unterscheiden sich die Sorgen der Menschen ja nicht. Vielleicht geht es eher darum, dass man darüber redet. Dass man den Blick hinter die Fassaden richtet, die schamvoll die Nöte verstecken und strahlenden Erfolg und krisenfesten Optimismus vorgaukeln. Je nach Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen sind erhellende Gespräche möglich. So entwickelte sich der Austausch mit der Nachbarin über ihren narzisstisch gestörten Chef, über ihr Burnout zu einem Gespräch über die Kaderauswahl in den heutigen Chefetagen. Chef wird heute eher, wer an kurzfristigen Erfolgen und Quartalsabschlüssen orientiert ist, befördert werden oftmals die, die zwischenmenschliche Beziehungen meiden, weil sie ihnen bei der nächsten Reorganisation, beim harten Durchgreifen nur hinderlich wären. Die Opfer davon finden sich in den therapeutischen Praxen oder nach der Kündigung auf dem Arbeitsamt wieder. Der Narzissmus in den Chefetagen – darüber kann man sich mit Gewinn austauschen. Wenn man den Mut hat, vom eigenen Burnout überhaupt zu reden. Aber man kann auch von andern Sorgen reden: Vom Stress zu Hause, von den Anforderungen an die Kinder in der Schule oder vom Geld.

Reden über das Schwierige

Die Scham durchbrechen und eingestehen, dass man selber zuweilen mit der Situation nicht zurechtkommt, ist ein eminent politischer Schritt. Als Jugendlicher konnte ich mich in einer Gruppe von Angehörigen von Alkoholikern erstmals über den schambesetzten Alkoholismus meines Vaters aussprechen – das hat so gut getan und war wohl eine meiner ersten politischen Erfahrungen! Beim Reden über das Schwierige zeigt sich das Gemeinsame des Verschiedenen, jenseits von Scham und Verstecken entdeckt man das

Exemplarische, das eine gemeinsame Ursache hat. Freundschaften und Nachbarschaften, Offenheit und Vertrauen sind für all diese Gespräche eine wichtige Basis. Sie brauchen aber Zeit und den Mut, auch über Intimes zu sprechen. Zum Beispiel über das vermeintliche Versagen in der Arbeitswelt oder über Geld. Themen, die in der Schweiz weit mehr tabuisiert sind als Sex.

Wo bleibt die Politik?

Aber wo bleibt da nun die Politik? Nur wenn ich meine brennenden Themen in den Erfahrungsaustausch einbringe, kann ich mit erweitertem Blick nach Ursachen und Lösungen suchen. Kränkungen und Abwertungen am Arbeitsplatz beispielsweise haben viel mit dem Leistungsdruck zu Gunsten höherer Profite zu tun. Die Anforderungen in der Schule sind direkt mit der eminent politischen Frage verbunden, ob Bildung nur der ökonomischen Verwertung oder auch der Entfaltung der Individuen nützen soll. Der Kern jedes politischen Engagements ist etwas sehr Einfaches: Es ist die Verständigung darüber, wer wir sind, in welchem Umfeld wir leben und in was für einer Gesellschaft

wir leben möchten. Und was unsere Alltagsprobleme damit zu tun haben.

Austausch fördern

Das können wir ganz direkt in die politische Aktivität umsetzen. Lebensgeschichten interessieren. «Ein Tag im Leben von...» war nicht zufälligerweise eine attraktive Rubrik im Magazin des Tages-Anzeigers. Man kann diesen Austausch auch gezielt fördern, etwa indem man die Konstitution einer neuen Arbeitsgruppe mit einem Gespräch beginnt: Was ist meine Geschichte und warum mache ich Politik, was treibt mich persönlich dabei an? Oder man eröffnet die Vorstandssitzung der Sektion mit einem «Blitzlicht»: Was beschäftigt mich zurzeit? Was wühlt mich auf? Wo suche ich Unterstützung durch meine Partei, beispielsweise bei der Einschätzung des instabilen Finanzsystems, mit dem wir via Pensionskassen gnadenlos verstrickt sind. Das Gespräch über das Jetzt kann dabei auch übergehen in das Wohin. «Her mit dem schönen Leben» hat jemand auf die Berliner Mauer gesprayt.

Heinz Looser, Begleitgruppe Organisation und Projekte der SP Schweiz

«Eingestehen, dass man mit der Situation nicht zurechtkommt, ist ein eminent politischer Schritt.»

Her mit dem schönen Leben: Oft hilft bereits ein Gespräch über die eigenen Sorgen und Ängste.





Freiwillig für Flüchtlinge – auch in Basel

Die Bilder ertrunkener Flüchtlinge im Mittelmeer haben im letzten Sommer viele aufgeschreckt und die Motivation geweckt, selber «etwas tun» zu wollen. Es ist eine Welle von privatem Engagement entstanden wie schon seit langem nicht mehr. Allenthalben liefen Kleidersammelaktionen an und die Hilfswerke wurden mit Angeboten von Hilfswilligen überschwemmt. CMS und GGG als grosse private Träger haben rasch reagiert und in Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe Anlaufstellen geschaffen: u.a. die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge und die Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge geben BaslerInnen die Möglichkeit, ihr Engagement zu melden oder Wohnraum anzubieten.

Wichtig wird sein, über die Soforthilfe für die neu hier Ankommenden hinaus den Fokus auf die Integration jener zu richten, die längerfristig hier bleiben können. Man würde gern syrische Familien unterstützen. Aktuell nötig ist die Unterstützung aber vor allem für junge Männer aus Eritrea, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen ist und die eine Wohnung und einen Job suchen. Ihnen auch zivilgesellschaftlich die Hand zu bieten, so dass sie Teil unserer Gesellschaft werden können und nicht als Langfrist-Sozialhilfebezüger in eine Ghettoisierung geraten, ist eine Herausforderung für uns alle. Und der Staat? Er wird natürlich nicht aus der Verantwortung entlassen, nur weil das private Engagement gross ist. Gerade das links-grüne Basel kann zeigen, dass man eine offene Integrationsstimmung in der Stadt fördern kann, ohne sich blauäugig gegenüber den kulturellen Wertunterschieden zu zeigen. Dazu gehört, deutlich einzufordern, welche Regeln wir hier eingehalten haben wollen.

Gabi Mächler ist Projektleiterin GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge

MÖGLICHKEITEN ZUM PERSÖNLICHEN ENGAGEMENT

www.fff-basel.ch: Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge Basel
www.ggg-fluechtlinge.ch: GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge
www.baselhilftmit.ch: Sachspenden für Asylzentren in der Region Basel bis nach Lörrach

Ein Herz für Flüchtlinge zum Beispiel in Muttenz

Im September 2015 ging die Meldung ein, dass in Muttenz neu 35 Asylbewerber untergebracht werden. Wenig später wurde die «Arbeitsgruppe Asyl Muttenz» gegründet, mit dem Ziel, den männlichen Asylbewerbern, die in Muttenz auf den Asylentscheid warten, eine Tagesstruktur zu geben. Mittlerweile haben sich rund drei Dutzend Personen in die Mitgliederliste der AG eingetragen!

Seit Dezember 2015 bietet jetzt die AG zwei Deutschkurse und Sportaktivitäten an. Ab Mitte Januar 2016 werden auch Ausflüge und Museumsbesuche angeboten. Ein Team von fünf Personen ist jeweils im Zweierteam verantwortlich für den Sport am Mittwochnachmittag. Für zwei Gruppen findet viermal in der Woche ein zweistündiger Deutschkurs statt. Wir unterrichten meist im Zweierteam und legen grossen Wert aufs Sprechen in Alltagssituationen und auf den Aufbau eines Grundwortschatzes. Spiele bieten eine gute Abwechslung und fördern eine ungezwungene Atmosphäre. Die jungen Männer haben grossen Spass daran. Wir alle haben bis jetzt nur gute Erfahrungen gemacht und staunen wie motiviert, dankbar und lernwillig sie sind. Es macht grosse Freude, mit ihnen zu arbeiten.

Wir sind überzeugt, etwas Sinnvolles für diese Männer zu tun, die das mit Freude und Dankbarkeit bestätigen. Der persönliche Kontakt hilft auch uns, mit den Unsicherheiten der Flüchtlingssituation umzugehen. Wir hoffen, dass wir durch einen respektvollen und interessierten Umgang miteinander Brücken zwischen den Kulturen bauen und einen ersten Schritt zur Integration leisten können.

Hanspeter Meier, Hansueli Recher, Koordinatoren Deutsch und Sport, SP Muttenz

www.anlaufstellebl.ch: Anlaufstelle Asyl und Migrationsfragen Baselland
www.srk-baselland.ch Programm Salute, Rotes Kreuz Baselland
 Es muss nicht immer Zeit und Herzblut sein, manchmal braucht es vor allem auch Geld, z. B. www.helpforrefugeesbasel.ch

KOMMENTAR



WIEDER ALSTOM

Es gibt Dinge, die einen (zu) lange begleiten. Im Frühjahr 2000 übernahm Alstom den Kraftwerkbau von ABB. Schon im Winter 2002/2003 wurde der Abbau von rund 400 Stellen angekündigt. Als im August 2003 der französische Staat in einer Rettungsaktion einen Drittel von Alstom übernahm, befürchtete die Belegschaft das Schlimmste. Ich war damals Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbundes. Zusammen mit den Arbeitnehmendenverbänden setzte ich mich bei Regierungsrat und Bundesrat für den Standort Aargau ein. Mit Erfolg, doch die Unsicherheit blieb. Im Oktober 2010 erreichte mich – damals als Regierungsrat - in meinen Ferien der Telefonanruf des Alstom-Präsidenten: 760 Stellen sollten im Aargau abgebaut werden. Und nun der 13. Januar 2016: 1300 Stellen sollen es diesmal sein – so die neue Eigentümerin General Electric GE. Dass Alstom trotz aller Hiobsbotschaften ein grosser Arbeitgeber im Aargau geblieben ist, liegt an der Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Kanton. Auch GE wird dort investieren, wo das nötige Know-how zu finden ist, wo Innovationen und Ideen entwickelt werden, wo im wirtschaftlichen Umfeld Kooperationen entstehen. Deshalb müssen wir – über alle Sofortmassnahmen zum Erhalt der GE-Arbeitsplätze hinaus – alles daran setzen, den Aargau als Innovations-Hotspot zu erhalten und weiterzuentwickeln. Investitionen in Bildung und Forschung, Hightech Aargau und der Park innovAARE beim PSI sind wichtige Elemente dazu. Der Kanton darf nicht bloss zuschauen.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.



Auf der Balkanr

DER HISTORIKER UND SEKUNDARLEHRER STEFAN DIETRICH ENGAGIERT SICH BERUFLICH UND PRIVAT IN DER FRIEDENSFÖRDERUNG. DIE HIMMELSCHREIENDE SITUATION DER FLÜCHTLINGE AUF DER BALKANROUTE HAT IHN ZUM DIREKTEN HANDELN GETRIEBEN, BEI DEM ER VON HELFERINNEN UND HELFERN UNTERSTÜTZT WIRD. ER KENNT DIE REGION ENTLANG DER BALKANROUTE, VERFÜGT ÜBER SEHR GUTE LANDES- UND SPRACHKENNTNISSE UND VERTRAUENSWÜRDIGE KONTAKTE VOR ORT.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Präsident der SP Sektion Bremgarten-Zufikon und der SP Bezirk Bremgarten.

Flüchtlingskrise und Krise Europas

Ende Sommer 2015 verschlechterte sich die politische Lage im Nahen Osten und in Syrien dramatisch. Eine immer grössere Zahl an Menschen floh vor Krieg und Gewalt Richtung Europa. Immer öfter ertranken Menschen, darunter viele Kinder, vor griechischen und türkischen Badestränden. In den letzten Jahren und Jahrzehnten schaute Europa weg, versteckte sich hinter «Dublin» und liess Italien, Ungarn und die Balkanstaaten, wo die Flüchtlinge landeten, in Stich. Wer aber kann heute noch teilnahmslos bleiben?

Das selbstgefällige und ignorante Gerede vieler europäischer Politiker zeigt eine Überforderung, aber auch den mangelnden Willen, schnell und unkompliziert den fliehenden Menschen zu helfen. Die Flüchtlingskrise hält Europa, hält uns den Spiegel vor. Immer deutlicher treten Widersprüche und Spannungen innerhalb Europas unter den wieder erstarkten Nationalstaaten hervor. Es geht um ein «jeder für sich» hinter Stacheldraht und nicht mehr um ein gemein-

sames Miteinander in einem europäischen Haus.

Helfen – aber wie?

Im Alltag, in der Familie, in der Arbeit und in der Freizeit sprachen wir über den Krieg in Syrien und die vielen Menschen, die mit allen Mitteln und um jeden Preis versuchen, nach Mitteleuropa zu gelangen. Im September wurde ich gefragt, ob ich nicht aktiv mithelfen möchte. Für mich war damals eine direkte und schnelle Hilfe wichtig. Der Radius sollte nicht viel weiter als bis Belgrad, etwa 1300 km in eine Richtung, gehen und an einem verlängerten Wochenende mit einem Transporter machbar sein. Zunächst aber wollte ich mir ein persönliches Bild vor Ort machen. In den Herbstferien fuhr ich mit meiner Familie die sogenannte «Balkanroute» gegen Süden, über Österreich, Slowenien und Kroatien nach Serbien. In Belgrad kontaktierte ich Freunde und Bekannte, die ich noch aus den 1990ern gut kannte, in Serbien, Kroatien und Slowenien. Die Hauptfluchtroute hatte sich verlagert, weil Ungarns nationalistische Orban-Regierung einen Stacheldrahtzaun entlang der Grenze zu Serbien und später auch zu Kroatien errichtet hatte. Dramatische Szenen spielten sich ab, als Flüchtlinge versuchten, über den Zaun zu gelangen.

Help Now!

Nach unserer Rückkehr in die Schweiz gründete ich gemeinsam mit drei sehr engagierten jungen Frauen den Verein «Help Now!»



oute

mit Sitz in Bremgarten. Aus verschiedenen Privatinitiativen entwickelt sich seither eine kleine Hilfsorganisation, deren Ziel es ist, in der gegenwärtigen Krise möglichst direkt vor Ort zu helfen. Unser Radius hat sich seither stets erweitert. Die Vereinsform sollte uns helfen, transparent, effizient und planbar zu arbeiten. Dies wurde notwendig, da wir von einer Welle der Solidarität richtiggehend überrannt wurden. Auf die ersten lokalen Presseberichte hin erhielten wir zahlreiche Rückmeldungen. Die einen wollten etwas Praktisches tun, die anderen bei einem Transport mitfahren oder brachten uns Kleider- oder Geldspenden vorbei. Ursprünglich sammelten wir Winterkleidung in einer Kindertagesstätte in Bremgarten. Schon bald wurden diese Räume zu eng. Auf einen Zeitungsartikel hin meldete sich der Unternehmer Rainer Meindl, der uns seine Werkstatt in Berikon zur Verfügung stellte. Seither kann man dort Sachspenden abgeben. Dort haben wir auch sortiert, verpackt und unsere Fahrzeuge beladen. Rainer Meindl und der im Maschinen- und Werkzeughandel tätige Peter Göbelbecker stellten uns je einen ihrer Transporter zur Verfügung und fuhren persönlich mit. Auch im Februar sind beide wieder mit dabei.

Hilfsaktionen

Bisher haben wir drei Hilfsaktionen organisiert. Die vierte ist in Planung. Da sich die Situation stetig und schnell ändert, versuche ich mich gut auf die Hilfsaktionen vorzubereiten, um möglichst flexibel sein zu können. Hilfe aus der Schweiz konnten wir bisher in den Transitlagern in Slavonski Brod (Kroatien) und Dobova (Slowenien) überbringen. Mit Grosseinkäufen vor Ort konnten wir am „Miksalište“ in Belgrad und in Šid (Serbien), Dobova und Triest (Italien) helfen. Anfang Februar geht es wieder an die Balkanroute. Bisher transportierten wir warme Kleidung

und übergaben sie an Flüchtlinge und Helfer in den Flüchtlingslagern. Mit den gesammelten Spenden aus der Schweiz konnten wir in Kroatien und vor allem in Serbien mehrere Tonnen an Lebensmitteln und Hygieneartikeln einkaufen. Der Abtransport vor Ort stellte uns aufgrund der grossen Mengen vor neue Herausforderungen.

Bewegende Erfahrungen

Bilder und Erfahrungen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre haben sich mir eingepreßt. Manche Szenen auf der Balkanroute erschienen mir nun wie ein Déjà-vu. So im November und Dezember 2015, als wir in Dobova (Slowenien) erlebten, wie Flüchtlinge, mehrheitlich aus Syrien, zwischen Metallgattern durch getrieben und in Busse Richtung Österreich verladen wurden. Kleine Kinder, Kopf und Blick nach unten gerichtet, wurden herrisch angegangen und in einen Bus geschoben. Offensichtlich übermüdete und mit Sicherheit traumatisierte Erwachsene wurden angeschrien, Familien beim Einsteigen getrennt. Es herrschte Verwirrung und Panik unter den Flüchtenden, die nicht wussten, was los war und wie es weiter gehen sollte. Immer wieder waren Schreie der schwer bewaffneten Polizisten und Militärs zu hören.

In den alten Silos von Triest, mitten im Stadtzentrum, trafen wir etwa hundert junge mehrheitlich aus Afghanistan stammende Männer an. Sie lebten dort in selbstgebastelten Hütten und erhielten keine Unterstützung durch das offizielle Triest. Was ich damals nicht wusste: Nicht alle Flüchtlinge waren erst auf der Balkanroute angelangt und dann in Triest gelandet. Es gab dort auch junge Männer, die aus der Schweiz ausgeschafft worden waren. Sie lebten in Triest als Obdachlose. Versorgt und betreut wurden sie im November noch von Aktivisten aus Koper in Slowenien. Diese

wurden von Rassisten massiv bedroht. Ihr Engagement war in Triest nicht erwünscht. Aufgefallen ist mir ein etwa 25jähriger junger Mann, Omid, den sein Vater vor zehn Jahren aus Angst, sein Sohn würde von den Taliban entführt oder ermordet, aus Afghanistan weggeschickt hatte. Omid war zehn Jahre unterwegs. Mich beeindruckten seine Sprachkenntnisse, er sprach neun Sprachen fließend, und sein Optimismus. Stolz zeigte er uns ein Dokument, das zeigte, dass er in Italien als Flüchtling anerkannt sei. Dennoch lebte er als Obdachloser in den Silos. Er war gut gekleidet und gepflegt, durfte aber nicht einmal eine öffentliche Toilette am Bahnhof aufsuchen.

Sehr beeindruckt hat mich die grosse Solidarität in der Schweiz und entlang der Balkanroute. Trotz SVP-Propaganda waren die bisherigen Rückmeldungen aus dem Aargau und weit über die Grenzen unseres Kantons hinaus durchwegs nur positiv und die Unterstützung, seien es Sach- oder Geldspenden oder aktive Mitarbeit, überwältigend! Entlang der Balkanroute traf ich auf eine tolle und offene Zusammenarbeit von jungen Menschen, in der Mehrheit Frauen, und dies über alle Grenzen hinweg.

Wie weiter?

Vorerst planen wir nun zwei weitere Aktionen. Am 4. Februar 2016 geht es wieder mit einem Konvoi an die Balkanroute. Dabei werden wir Hilfsgüter auch nach Graz und Triest bringen. Der Schwerpunkt wird auf Slavonski Brod und Dobova liegen. In Zagreb und in Belgrad werden wir mit den Spendengeldern wieder einkaufen und die Lebensmittel und Hygieneartikel in die Lager und nach Belgrad und Šid bringen. Jede Unterstützung ist willkommen.

Weitere Informationen gibt es auf unserer Homepage www.HelpNowSwitzerland.ch

Stopp der Zersiedelung – jetzt gilt es ernst

Siedlungsgrenze der Agglomeration Bern bei Köniz.

BEI DER GEGENWÄRTIG IM GROSSEN RAT ZUR DEBATTE STEHENDEN REVISION DES BAUGESETZES GEHT ES UM EIN WICHTIGES ZIEL AUS DER WAHLPLATTFORM 2014 DER SP. DIE STOSSRICHTUNG, WIE SIE VOM NATIONALEN SOUVERÄN IM MÄRZ 2013 MIT EINEM KLAREN JA ZUM REVIDIERTEN RAUMPLANUNGSGESETZ VORGEZEIGT WURDE, IST AUF KANTONSGBIET WEITERZUFOLGEN. STATT UNVERSEHRTE LANDSCHAFTEN ZU ÜBERBAUEN, SOLLEN SIEDLUNGEN INNERHALB DER BESTEHENDEN BAUZONEN WEITERENTWICKELT WERDEN.

Die neue Richtplanung und das neue kantonale Baugesetz bedeuten einen Paradigmenwechsel in der Raumplanung, den die SP Kanton Bern seit langem gefordert hat und deshalb ausdrücklich begrüsst. Die Siedlungsentwicklung nach innen und die haushälterische Nutzung des Bodens sind dabei zentral.

Wir haben im Kanton Bern von der Bevölkerung im März 2013 den Auftrag erhalten, der Zersiedelung in unserem schönen Kanton entschieden entgegenzutreten und Gegensteuer zu geben. Der Regierungsrat ist mit dem in der Januarsession 2016 zur Debatte stehenden Baugesetz grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Die SP-Delegation in der vorberatenden Kommission (Ursula Brunner, Marianne Dumermuth, Res Hoffmann und Luc Mentha) hat



Luc Mentha,
Grossrat SP Köniz

wesentliche Verbesserungen der Gesetzesvorlage erwirken können. Die Fraktion SP/JUSO/PSA wird weitere Anträge stellen, um noch bestehende Lücken im Gesetz zu schliessen.

Jährlich fast die Fläche des Brienersees zubetoniert

Der Boden ist ein wertvolles, nicht vermehrbares Gut. Die letzten drei Generationen in der Schweiz haben so viel Land verschwendet für ihr Wachstum, wie alle anderen Generationen zuvor verbrauchten. Das muss gestoppt werden. Jährlich wird in der Schweiz fast die Fläche des Brienersees zubetoniert. Noch heute werden unsägliche Planungen beschlossen wie beispielsweise gegenwärtig in der Gemeinde Oberthal bei Grosshöchstetten. Dort sollen in der Bauzone «Möschberg» auf wertvollem Landwirtschaftsland und auf einer Fläche von rund 1 ha maximal 18 Einfamilienhäuser entstehen für rund 35 Bewohnerinnen und Bewohner. So darf es nicht weitergehen. Auch in Unterlangenegg soll bestes Kulturland für einige wenige Einfamilienhäuser geopfert werden.

Wir müssen viel dichter bauen, das Siedlungswachstum entlang gut

erschlossener Verkehrsachsen und an zentralen Lagen ermöglichen und die Aussenräume der Siedlungen in hoher Qualität und mit Sorgfalt ausgestalten. Das ist letztlich auch eine Frage der Kosten. Bei einer unkontrollierten Zersiedelung, wenn jede Gemeinde im ganzen Kanton einzonen und Einfamilienhäuser bauen kann, entstehen hohe Erschliessungskosten für den Staat, was sich letztlich negativ auf den Finanzhaushalt auswirkt.

Die Zersiedelung ist im Kanton Bern wegen des geringen Wachstums der letzten Jahrzehnte noch nicht derart fortgeschritten wie in anderen Kantonen. Diese Trumpfkarte im Standortwettbewerb darf der Kanton jetzt nicht verspielen, er muss seine noch intakten Landschaften und Grünräume im Interesse der Bevölkerung, der Landwirtschaft und auch des Tourismus rigoros schützen.

Was wir nicht wollen, ist eine Politik der hehren Absichtserklärungen bezüglich Innenverdichtung – und ein zahnloses, lahmes Gesetz aus Rücksicht auf Sonderinteressen. Da werden wir nicht mitmachen. Der Wille der Bevölkerung ist ernst zu nehmen.



Die Sandwich-Generation

SOBALD DIE KINDER AUSGEFLOGEN SIND, SIND ES OFT DIE ELTERN UND SCHWIEGERELTERN, DIE HILFE ODER PFLEGE BENÖTIGEN. DIE FRAUEN DER «SANDWICH-GENERATION» MÜSSEN ARBEIT, KINDER UND UNTERSTÜTZUNG VON ANGEHÖRIGEN UNTER EINEN HUT BRINGEN. MIT FOLGEN FÜR IHR SOZIALLEBEN, IHRE KARRIERE UND IHRE GESUNDHEIT.

Seit einigen Jahren hört man immer wieder von der «Sandwich-Generation». Der Begriff steht für die 45- bis 65-Jährigen, die sich im Sandwich zwischen der Generation ihrer Eltern und jener ihrer Kinder befinden. Sie sind noch im berufsfähigen Alter und entsprechend häufig berufstätig. Doch daneben sind sie auch gefordert bei der Unterstützung ihrer Kinder und ihrer in die Jahre kommenden Eltern.

Vor allem Frauen sind gefordert

Analysen zeigen, dass Gesundheitsarbeit zu Hause vor allem Frauen betrifft. In der Tat sind es seit Generationen die Frauen, die sich am Bett der ganz Kleinen und der Hochbetagten abwechseln. Zuerst reibt sich die Frauen zwischen Karriere und Kindern auf. Kaum sind diese ausgeflogen oder brauchen nicht mehr so viel Aufmerksamkeit, sind es die Eltern und Schwiegereltern, die Unterstützung benötigen. Eine deutsche Studie zeigt sogar, dass jede zweite Frau zwischen 40 und 59 Jahren sich gleichzeitig um die Kinder und die nächsten Angehörigen kümmert.

Die Rolle der Frau bei der Unterstützung und Pflege der Angehörigen (der sogenannten Care-Arbeit) und die besondere Situation dieser «Sandwich-Frauen» hat viel mit wichtigen feministischen Anliegen

«Die Frauen der «Sandwich-Generation» müssen Arbeit, Kinder und Unterstützung von Angehörigen unter einen Hut bringen.»

zu tun. Insbesondere im Zusammenhang mit unbezahlter Arbeit, mit der Nichtanerkennung von Hausarbeit oder auch der Abwertung der Gesundheits- und Sozialberufe. Dazu kommt die Problematik der Ungleichheiten zwischen den Frauen des Norden und des Südens; Letztere müssen oft ohne Aufenthaltsstatus und unter schlechten Arbeitsbedingungen diese abgewerteten Arbeiten übernehmen.

Angstzustände und Depressionen

Ausserdem haben zahlreiche Studien gezeigt, dass Angehörige, die Pflegearbeit leisten, häufig an Überanstrengung, Depressionen oder Angstzuständen leiden. Neben den negativen Folgen für die Gesundheit der Care-Arbeitenden sind auch Auswirkungen auf die berufliche Laufbahn, vor allem bei Frauen, erwiesen. Diese zeigen sich in unterschiedlicher Form je nach Grad der Abhängigkeit und der Beanspruchung bei Hilfe und Pflege: Absentismus, veränderte Arbeitszeiten, verunmöglichte Beförderungen, Teilpensionierung oder gar vollständiger Rückzug aus dem Arbeitsmarkt.

Die Thematik der Unterstützung und Pflege der Angehörigen hat auch mit der Politisierung der Privatsphäre zu tun. Unsere Gesellschaft betrachtet die Familie tradi-

tionellerweise unter dem Aspekt individueller und privater Entscheide. Doch die Folgen der riesigen Arbeit, die von der genannten Generation von Frauen geleistet wird, müssen öffentliches Thema der Politik sein. Denn gern wird die Tatsache verschwiegen, dass die Frauen, die sich um ihre bedürftigen Angehörigen kümmern, eine wichtige Rolle als freiwillige Dienstleisterinnen übernehmen und so die Gesundheitskosten positiv beeinflussen.

Kanada als Vorbild?

In Kanada thematisiert die feministische Gruppierung «Afeas Femmes en mouvement» all diese Fragen seit 2001 und organisiert jeden ersten Dienstag im April den Tag der unsichtbaren Arbeit. Die von Frauen in der Familie geleistete unbezahlte Arbeit gilt dabei als einer der Schlüsselfaktoren der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern und als langfristige Armutsfalle für die Frauen. Die Tagung bietet Gelegenheit, sich dafür einzusetzen, dass die unbezahlte Arbeit der Eltern und Unterstützenden anerkannt und aufgewertet wird, dass sie von der offiziellen Statistik erfasst und Gegenstand von Massnahmen für soziale, finanzielle und steuerliche Unterstützung durch den Staat wird. Ein Vorbild für die Schweiz?

Anita Balz, Zentralsekretärin SP Frauen

Die Abwärtsspirale stoppen

VON AARAU BIS ZÜRICH WERDEN STAATSLEISTUNGEN ABGEBAUT UND GEKÜRZT. OB SENKUNGEN DER PRÄMIENVERBILLIGUNG ODER ZWANGSFERIEN IN DEN SCHULEN: DER LEISTUNGSABBAU IST DIE NEGATIVE FOLGE EINER POLITIK DER MILLIARDENSCHWEREN STEUERGESCHENKE. NACH DER MISSGLÜCKTEN UNTERNEHMENSSTEUERREFORM II DROHT MIT DER UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III EIN WEITERES KAPITEL DIESER TRAGÖDIE ZU FOLGEN.

Die Schweiz ist eine Steueroase für Unternehmen mit besonderen Steuerregimes (Statusgesellschaften). Diese profitieren davon, dass die Kantone inländische und ausländische Unternehmensgewinne unterschiedlich besteuern. Die Schweiz steht seit Jahren zu Recht international unter Druck, diese Steuerschlupflöcher zu schliessen. Doch während diese kantonalen Steuerprivilegien mit der USR III nun endlich abgeschafft werden sollen, schlägt der Bundesrat gleichzeitig vor, neue Steueroptimierungsvehikel einzuführen:

- Die Einführung von Patentboxen soll ermöglichen, Erträge aus Patenten und vergleichbaren Rechten steuerlich zu privilegieren.
- Die Kantone sollen den Unternehmen zusätzlich erhöhte Abzüge für Forschung und Entwicklung gewähren können.
- Bisher privilegiert besteuerte Firmen und neu zuziehende Firmen sollen ihre stillen Reserven steuerfrei aufdecken können und noch jahrelang von Privilegien profitieren.
- Die Emissionsabgabe auf Eigenkapital soll aufgehoben werden.

Steuergeschenk für Reiche

Weil aber nicht alle Unternehmen von solchen neuen Vehikeln profitieren können, möchte der Bundesrat unter dem ausgeleiterten Mantra der Wettbewerbsfähigkeit den Kantonen zusätzlichen «finanzpolitischen Handlungsspielraum für allfällige Gewinnsteuersenkungen» für alle Firmen ermöglichen. Dazu soll der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer erhöht werden, was den Bund rund eine Milliarde Franken pro Jahr kosten würde und durch Ausgabenkürzungen kompensiert werden soll. Übersetzt heisst das: Der Bund ermuntert die Kantone, die Gewinnsteuer für alle deutlich zu senken.

Doch der bundesrätliche Vorschlag ist nur der Anfang: Unter dem Deckmantel der «Standortattraktivität»

«Es geht bei der USR III um weit mehr als um Unternehmenssteuern.»

tät» wollen die Bürgerlichen die USR III mit weiteren millionenschweren Steuergeschenken für Konzerne und Reiche aufblähen. Nur schon für seine Vorschläge schätzt der Bundesrat die Steuerausfälle auf 1,3 Milliarden Franken – mit den Vorschlägen der Rechten könnten sich die Ausfälle mehr als verdoppeln. Was tatsächlich drohen könnte, lehrt uns die USR II: Damals prognostizierte der Bundesrat die Ausfälle auf 80 Millionen Franken – tatsächlich sind es heute Milliarden, die in der Bundeskasse fehlen und in Form von Abbauprogrammen kompensiert werden.

Vollständige Gegenfinanzierung

Das darf nicht erneut geschehen. Deshalb fordert die SP Schweiz eine vollständige Gegenfinanzierung der USR III durch die Unternehmen und das Aktionariat selbst. So soll eine Kapitalgewinnsteuer eingeführt und auf die Abschaffung der Emissionsabgabe verzichtet werden. Zudem sollen die mit der USR II geschaffenen Steuerschlupflöcher wieder geschlossen werden: Dividenden sol-

len wieder zu 100 Prozent besteuert und das Kapitaleinlageprinzip aufgehoben werden. Letzteres ermöglichte, dass über 1000 (!) Milliarden Franken Reserven aus Aktiengesellschaften steuerfrei ausgeschüttet werden. Darüber hinaus sollen nur diejenigen Kantone höhere Bundesbeiträge erhalten, die einen gewissen Mindeststeuersatz einführen. Mit all diesen Massnahmen liesse sich die USR III einnahmeseitig gegenfinanzieren.

Es geht bei der USR III also um weit mehr als um Unternehmenssteuern. Die Abwärtsspirale von Steuergeschenken und Kürzungsprogrammen muss gestoppt werden. Denn sie hebt die verfassungsmässig verankerte Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus. Und sie verhindert durch ein permanentes Spardiktat eine Diskussion darüber, wie wir in wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Soziales die Zukunft der Schweiz gestalten möchten.

Mattea Meyer, Nationalrätin ZH



Unter dem Vorwand der «Standortattraktivität» sollen weiterhin Steuergeschenke an Grosskonzerne verteilt werden: Glencore-Hauptsitz in Baar.



Überwachung und andere Mythen

AUCH IN DER SCHWEIZ SOLL DIE ÜBERWACHUNG DER ELEKTRONISCHEN KOMMUNIKATION MASSIV AUSGEBAUT WERDEN. ZU GLAUBEN, DASS SICH DAMIT TERRORANSCHLÄGE VERHINDERN LIESSEN, IST WUNSCHDENKEN.

Gemäss dem «Spiegel» waren sieben der acht Attentäter von Paris behördlich bekannte, verdächtige Islamisten. Sie kommunizierten unverschlüsselt per SMS, obwohl die Behörden ihre Natels abhörten. Der Drahtzieher des Anschlags, Abdelhamid Abaaoud, hatte bereits im Februar im «Dabiq», dem offiziellen IS-Propagandaheft, damit angegeben, dass er sich in Belgien aufhalte und einen Anschlag vorbereite, obwohl er von der Polizei überwacht werde. Die Behörden hatten alle Informationen, um die Anschläge zu verhindern. Es war jedoch nicht möglich, die wirklich relevanten Daten herauszufiltern. Noch mehr Überwachung und damit noch mehr Daten hätten das Erkennen der Mordpläne nicht vereinfacht – im Gegenteil. Wenn man eine Nadel im Heuhaufen sucht, hilft es nichts, zusätzliches Heu auf den Haufen zu kippen.

Clevere Terroristen

Den Sicherheitsbehörden gelang es also nicht, Attentäter zu entdecken, die reichlich dilettantisch kommunizierten. Cleveren Terroristen ist mit zusätzlicher Überwachung erst recht nicht beizukommen. Es braucht nicht viel Wissen, um komplett zu verschleiern, wer mit wem über welche Themen kommuniziert. Ein Beispiel: Sie nehmen das aktuelle Titelfoto der Online-Ausgabe des «Blick», jedes zweite Pixel des

«Noch mehr Überwachung hätte das Erkennen der Mörder nicht vereinfacht – im Gegenteil.»

Bildes färben Sie ein klein wenig heller oder ein klein wenig dunkler, so dass sich daraus ein Morsecode ergibt. Danach laden Sie das Bild auf eine öffentliche Facebook-Seite. Ihr Kommunikationspartner kann nun das Bild herunterladen, mit dem Original auf der «Blick»-Website vergleichen und die Nachricht lesen. Niemand wird je erfahren, dass Sie überhaupt eine Mitteilung ausgetauscht haben, geschweige denn mit wem oder was der Inhalt war. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, um Verschleierungs- und Verschlüsselungsverfahren zu nutzen, die den Überwachungsbehörden keinerlei Chance lassen.

Mythos Mustererkennung

Bisweilen liest man, dass sich Terroristen ausfindig machen liessen, wenn der Staat nur genügend Daten sammle. Ausgeklügelte Algorithmen würden Muster finden, um potenzielle Attentäter frühzeitig zu erkennen. Das Problem dabei: Um einigermaßen sinnvolle Resultate zu erzielen, müssen Algorithmen für die Mustererkennung anhand einer grossen Anzahl von Beispielen «lernen», welche Datenspuren ein Gewalttäter hinterlässt. Es gibt jedoch nur eine Handvoll Fälle, die man dafür heranziehen kann. Versucht man es trotzdem, wird der Algorithmus eine Unmenge an falschen positiven Resultaten auswer-

fen: Bauern, die nach Düngersorten suchen, die auch für Sprengstoff taugen; Journalistinnen, die über den IS recherchieren; Jugendliche, die sich einen Spass daraus machen, möglichst abscheuliche Videos anzuschauen.

Freiheit oder Sicherheit

Wenn man mit blindwütiger Überwachung bloss die Anzahl potenziell Verdächtigter erhöhen, aber keine Terroranschläge verhindern kann, warum fordert dann die bürgerliche Mehrheit in der Schweiz mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz trotzdem genau das? Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kennen wir die Antwort: Die Fichen der 1970er- und 1980er-Jahre wurden nicht einfach zum Spass angelegt. Das Ziel der gigantischen Aktsammlung war es, Fichierten den Zugang zu relevanten Berufspositionen zu verwehren und sie im Falle einer Krise zu internieren. Auch jetzt gibt es bereits wieder Stimmen, welche Massnahmen wie präventiven Hausarrest für Verdächtige oder Ausgangssperren für Muslime fordern. Von der totalen Überwachung bis zum massiven Eingriff in die Freiheit eines ansehnlichen Teils der Bevölkerung ist der Schritt nicht weit. Es ist besser, jetzt wachsam zu bleiben.

Andreas Weibel, IT-Verantwortlicher der SP Schweiz



Wenn der Kinobesuch zum Luxus wird

OBWOHL SIE IHR GANZES LEBEN LANG HART GEARBEITET HABEN, SIND HEUTE VIELE RENTNERINNEN UND RENTNER VON ARMUT UND SOZIALEM AUSSCHLUSS BEDROHT. DIE AHVPLUS-INITIATIVE WILL DIESEN MISSTANDEN BEENDEN UND FORDERT EINE ERHÖHUNG DER AHV-RENTEN.

Anna ist die beste Freundin meiner Mutter. Sie, Anna, ist 87 Jahre alt. Anna geht es nicht gut. Nicht nur, weil sie altersbedingt die eine oder andere gesundheitliche Einschränkung hat. Nein, Anna macht sich Sorgen um ihre finanzielle Zukunft. Sie lebt ausschliesslich von der AHV-Rente. Ihr verstorbener Mann hat sich das Pensionskassenkapital auszahlen lassen, als er sich vorzeitig pensionieren liess. Anna muss jeden Monat ihre kleinen Reserven anzapfen. Sie hat ausgerechnet, dass sie das noch etwa während zwei Jahren in diesem Umfang tun kann. Nachher müsste sie den für sie schweren Gang zum Sozialamt machen, damit sie Ergänzungsleistungen beantragen kann. Die Geschichte von Anna ist nicht fiktiv. Im realen Leben heisst sie anders, aber alles andere entspricht der Wahrheit. Wie Anna geht es vielen Männern und Frauen in unserem Land.

Erhöhung der AHV-Renten

Die Initiative AHVplus ist die Antwort auf die Sorgen von Anna. Mit der Initiative erhalten Rentnerinnen und Rentner einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer AHV-Rente. Mit diesem Zuschlag wird das bewährte System der Rentenberechnung nicht in Frage gestellt. Die AHV-Renten werden gemäss dem Mischindex der Teuerung an-

«Es ist an der Zeit, dass wir endlich eine Erhöhung der AHV-Renten vornehmen.»

gepasst. Als Folge dieser Anpassung hinkt die Entwicklung der AHV-Rente derjenigen der Löhne hinterher. Das heisst mit andern Worten: Die AHV-Renten decken einen immer kleiner werdenden Teil des ehemaligen Erwerbseinkommens. Hinzu kommt, dass die Renten der Pensionskassen – sofern überhaupt vorhanden – in den letzten Jahren massiv unter Druck gekommen sind. Die AHV-Rente erhält damit beim Renteneinkommen eine immer stärkere Bedeutung. Es ist an der Zeit, dass wir endlich eine Erhöhung der AHV-Renten vornehmen.

Vertretbare Kosten

Es ist klar, dass die Erhöhung der AHV-Renten etwas kostet. In der Botschaft des Bundesrates wird mit 4 Milliarden Franken gerechnet. Die Erhöhung der AHV-Renten um durchschnittlich 200 Franken pro Monat für Alleinstehende und 350 Franken für Ehepaare ist aber finanzierbar. Sie kostet Arbeitgeber und Angestellte je 0,4 Lohnprozente. Das ist nach 40 Jahren Stillstand bei den Lohnbeiträgen vertretbar – umso mehr, als die AHV für das Gros der Bevölkerung und auch für die KMU das beste Preis-Leistungs-Verhältnis hat, während die durchschnittlichen Beiträge an die zweite Säule stetig gestiegen sind und 2014 über 18 Prozent lagen.

Schwerer Gang zum Sozialamt

Gegnerinnen und Gegner der Initiative AHVplus sagen oft, dass eine Erhöhung der AHV-Renten für alle nicht zielgerichtet sei, weil auch Personen profitieren, die eine Erhöhung nicht nötig haben. Und für Leute, denen die Rente das Existenzminimum nicht decke, gebe es ja die Ergänzungsleistungen. Nun empfinden es aber viele Menschen als entwürdigend, wenn sie zum Sozialamt gehen müssen. Obwohl die Ergänzungsleistungen als ein wichtiger Teil unseres Sozialversicherungssystems zu betrachten sind und es einen klaren Rechtsanspruch auf Ergänzungsleistungen gibt, werden die EL als staatliche Unterstützung wahrgenommen. Auch Anna, die Freundin meiner Mutter, will diesen für sie entwürdigenden Gang nicht machen.

Es gibt viele Menschen wie Anna in unserem Land. Sie müssen am Ende jeden Monats feststellen, dass ihr Renteneinkommen nicht reicht. Ein Essen im Restaurant, ein Kinobesuch oder gar ein paar Tage Ferien in einem Hotel sind für sie ein Luxus, den sie sich nicht leisten können. Wollen wir so mit den Menschen umgehen, die in ihrem ganzen Erwachsenenleben gearbeitet haben? Sicher nicht. Deshalb sage ich Ja zur Initiative AHVplus.

Silvia Schenker, Nationalrätin BS

Globale Nachhaltigkeitsziele

DIE AGENDA 2030 MIT DEN 17 ZIELEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IST DIE GLOBALE HOFFUNGSTRÄGERIN FÜR EINE BESSERE WELT. DIESE ENTWICKLUNGSZIELE (SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS) WURDEN IM SEPTEMBER 2015 VON 193 UNO-MITGLIEDSTAATEN IN NEW YORK VERABSCHIEDET.

Die Sustainable Development Goals (SDG) lösen die im letzten Jahr ausgelaufenen Millenniumsziele ab. Mit denen sollte die Armut auf der Welt verringert werden. Die Reduktion der Armut sowie der Kinder- und Müttersterblichkeit ist zwar statistisch messbar, aber an vielen Orten nicht spürbar. Das Elend hat sich in vielen Ländern kaum oder nur für kleine Gruppen der Gesellschaft verringert.

Die neuen 17 Nachhaltigkeitsziele sollen wiederum für 15 Jahre gelten und umfassen weiterhin die Armuts- und Hungerbekämpfung, jedoch ergänzt durch zahlreiche neue, soziale und umweltrelevante Ziele. Auch die Klimaziele der COP21-Konferenz in Paris sind darin aufgenommen. Der Schutz von Ökosystemen als Lebensgrundlage oder ein nachhaltiger Konsum gehören nun ebenso dazu wie das Recht auf Bildung, die Geschlechtergleichstellung, Frieden oder menschenwürdige Arbeit für alle. Das Besondere an diesen Zielen ist, dass sie universell gültig sind, also nicht nur für die Entwicklungsländer gelten. Jedes Land ist aufgefordert, in jedem Bereich für sich selbst angepasste Ziele und Massnahmen festzulegen – die reiche Schweiz ebenso wie das arme Benin.

«Die Ziele gelten für die reiche Schweiz ebenso wie für das arme Benin.»

Sorgfältige Umsetzung

Die Gefahr ist aber gross, dass das Papier einfach in der Schublade verschwindet. Die bürgerlichen Parteien zeigen wenig Lust, die Aufgabe ernsthaft anzugehen. Die SP fordert jedoch eine sorgfältige und umfassende Umsetzung der SDG im Inland und in der internationalen Zusammenarbeit. Es ist eine besondere Herausforderung, die SDG in sämtliche Politikfelder zu implementieren. Es genügt nicht, wenn einzig die DEZA in die Pflicht genommen wird.

Damit die Politikkohärenz erreicht wird, müssen in allen Departementen die SDG in die Planung einfließen. So gehören sie beispielsweise in die Regelungen für die Finanz-, Steuer- und Handelswelt, wo es um Potentatengelder, unlautere Geldflüsse, Nahrungsmittelspekulation, Waffenlieferungen oder Investitionsschutz- und Freihandelsabkommen geht. Damit die Wirkung überprüft werden kann, muss auch eine periodische Berichterstattung vorgelegt werden. Nur so wird die Agenda 2030 zu einem ernst zu nehmenden Instrument. Wir werden immer wieder den Finger darauf legen, damit die Ziele nicht toter Buchstabe bleiben.

Claudia Friedl, Nationalrätin SG



INTEGRATION DANK HEIRATSSTRAFE

Ende Februar sagt der Souverän wieder, wo's langgeht. Wir stimmen über einen sauteuren Pannestreifen am Gotthard, eine bireweiche CVP-Initiative mit glücklich gewähltem Titel, eine weitere Variation der immer gleichen Hetze aus der SVP-Giftküche sowie ein eigentlich längst fälliges Hunger-Bingo-Verbot ab. Gemäss Umfragen könnte es gleich viermal ein Ja absetzen. Was die Spekulationsstopp-Initiative angeht, ist das erfreulich. Ansonsten jedoch überhaupt nicht.

Man stelle sich den 19-jährigen hier geborenen und aufgewachsenen Secondo vor: Mit 19 wird er

wegen verbotener Nahrungsmittelspekulation verurteilt (er wettet mit seinem Sackgeld auf steigende Basler-Läckerli-Preise) und nur wenige Monate später blitzt es ihn mit 15 Sachen zu viel im nigelnagelneuen Gotthard-Strassentunnel. Er würde ausgeschafft. Automatisch, ohne Pardon oder grosses Federlesen.

Heute kann die RichterIn stattdessen eine unbedingte Heiratsstrafe verhängen: eine rechtsstaatlich arrangierte Hochzeit mit einem Mädchen aus der Innerschweiz – Vorstandsmitglied bei der Jungen SVP, treffsichere Jungschützin und begeisterte Hornusserin. Eine die weiss, was sich gehört und was man wählt. Eine, die sich seiner annimmt

STEFAN KRATTIGER

**ROT
STICH**

und ihn wiederum auf den rechten Weg bringt.

Stimmt das Volk der Abschaffung der Heiratsstrafe, dem Bau von Doris' zweiter Röhre und dem SVP-Monstrum zu, ist dieses Integrations-Erfolgsmodell in Gefahr. Heisst: Wir müssen die drei Abstimmungen unbedingt noch kehren! Dafür gibt es weitere gute Argumente. Zum Beispiel die Tatsache, dass 80'000 reichen Paaren dank der CVP-Initiative ein Milliarden-Steuereschen in den Schoss fallen, eine zweite Gotthardröhre die Schweiz zur Transit-hölle machen und die SVP-Initiative unseren Rechtsstaat voll in den Arsch treten würde.



Zum Gedenken an Jean-Noël und Georgie

Die Ermordung von Jean-Noël Rey und Georgie Lamon bei einem terroristischen Anschlag in Burkina Faso hat mich erschüttert. Beide Männer haben ihr Leben lang unbeirrbar an die Verbesserbarkeit der Welt geglaubt – auch wenn sie um die konkreten Schwierigkeiten sehr wohl wussten. Dass Jean-Noël und Georgie in Ouagadougou weilten, um eine Schulkantine zu eröffnen, ist bezeichnend für das Engagement, das beide antrieb; für ihren unbeugsamen Willen, die Verhältnisse menschlicher zu gestalten. Sie waren Utopisten der kleinen Schritte, idealistische Pragmatiker, Kämpfer für jene, denen das Kämpfen selber schwerfällt.

Jean-Noël und ich wurden 2003 zusammen ins Parlament gewählt. Damals hatte er bereits eine lange Karriere hinter sich: Als politischer Fachsekretär der SP und als persönlicher Mitarbeiter von Otto Stich. Ich habe von seinem Wissen und seiner Erfahrung enorm profitiert. Bei der Entwicklung von SP-Positionen war er als Finanzfachmann mit originellen Ideen für mich stets ein wichtiger Diskussionspartner.

Jean-Noël hat sich in der Fraktion stark eingebracht und leidenschaftlich mitdiskutiert – und das beinahe perfekt zweisprachig. Dass er in seiner Zeit im Nationalrat gleichzeitig Chef der Schweizer Niederlassung eines französischen Unternehmens war, hat ihn nie daran gehindert, sich ganz selbstverständlich in den Dienst der Partei zu stellen. Auch das hat viele in unserer Partei beeindruckt. In seinem Unternehmen hat Jean-Noël damals auch einen GAV abgeschlossen; auch als Chef vergass er die Perspektive der Angestellten nie.

Jean-Noël hat nie mit verdeckten Karten gespielt, er war ein offener, fröhlicher Kollege mit grossem Herzen; und er war jovial, ein lebenslustiger Bonvivant, der gern ass und trank. Ebenso leidenschaftlich gern hat Jean-Noël auch gestritten; dies nie um des Streits willen, sondern stets im Namen der Sache.

Auch als PTT-Generaldirektor und später als Post-Chef bewies sich Jean-Noël als mutiger Reformator, der trotz allem Veränderungsdruck stets für den Service Public kämpfte. Damals musste die Post Tausende von Stellen abbauen, dies geschah aber ohne Kündigungen – und das in einer Zeit, in der Liberalisierungen gross in Mode waren und Unzimperllichkeit als Modernitätsbeweis galt.

Eine wichtige Rolle spielte Jean-Noël Rey in der Zeit nach der Wahl von Otto Stich in den Bundesrat. Er stellte sich in dieser für die SP kritischen Zeit als persönlicher Mitarbeiter an Stichts Seite und fungierte so als Brückenbauer zur Partei und insbesondere zur Romandie. Jean-Noël hat Otto Stich entscheidend dabei geholfen, seinen Platz zu finden.

Auch Georgie Lamon, Jean-Noëls Freund, der mit ihm sterben musste, hinterlässt eine grosse Lücke. Ich schätze mich glücklich, dass ich ihn noch kennenlernen durfte. Das war am letzten 1. August in Sierre. Georgie war, das merkte man sofort, eine grosse Persönlichkeit; und erst noch eine, die sympathische Gelassenheit und menschliche Wärme ausstrahlte.

Mit Georgie Lamon ist ein Menschenfreund gewaltsam aus dem Leben gerissen worden. Ausgerechnet einer also, dem das Los anderer nicht egal war – weder in Afrika noch im Wallis, wo er unter anderem ein Altersheim gründete. Und wo er über Jahrzehnte Direktor der Organisation für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung im Welschland war. Georgie Lamon gründete auch die Vereinigung Yeelen (das Licht), die jenes Schulprojekt in Burkina Faso finanzierte, zu dessen Eröffnung er mit seinem Freund Jean-Noël nach Afrika gereist war.

Jean-Noël Rey und Georgie Lamon, beides Kämpfer für eine bessere Welt, sind eines zutiefst ungerechten Todes gestorben. Die tiefe Betroffenheit so vieler Menschen – weit über das Wallis hinaus – ist ein starkes Zeichen dafür, wie viel diese beiden zum Gemeinwohl beigetragen haben.

Jean-Noël Rey und Georgie Lamon waren grosse Sozialdemokraten. Sie haben unser Land – und die Welt – ein bisschen besser gemacht. Sie werden uns fehlen. Mein tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

Alain Berset, Bundesrat

Älter werden im Beruf D2.5.1608
16./17.2., Kurhotel Bad Ramsach, Läuelfingen
Stärken und Schwächen herausarbeiten, Balance von Berufs- und Privatleben, Veränderungen planen und in Angriff nehmen, Umgang mit der eigenen Energie. Referentin: Astrid Mehr, Erwachsenenbildnerin

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1601
2.–4.3., Hotel Freienhof, Thun
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Kapitalzins, technischer Zinssatz, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad, Säule 3a. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Aggressionen im öffentlichen Dienst D2.4.1626
3./4.3., Hotel-Restaurant Römerthor, Winterthur
Aggressionen und ihre Ursachen, Kommunikation und Wahrnehmung, Deeskalationsstrategien, Selbstmanagement. Referent: Fritz Zurflüh (Ausbildner und Berater)

PC-Einstiegskurs für Seniorinnen und Senioren (Windows 8/MS Office 2013) D2.6.1613
8.–10.3., Computerschule, Bern
Grafische Benutzeroberfläche von Windows 8 kennenlernen, Einblick in das Arbeiten mit dem MS-Office-Programm Word (MS Office 2013) gewinnen, einfache Internetsuche, E-Mail-Adresse einrichten, E-Mails mit Beilagen senden. Referent: Peter Schriber, Informatikcoach

Kommunikation – Grundlagen-seminar D2.4.1601
14./15.3., Trigon Bildungszentrum, Zürich
Kommunikationsmodelle, Gesprächsstile, Diskussionsstrategien. Referentin: Nora Herzog, Erwachsenenbildnerin

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, 031 370 00 70
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Wir klären die Kostenfrage ab und informieren dich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– statt Fr. 390.–; respektive Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurs-tag. Bei Simon Roth (simon.roth@spschweiz.ch) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

2016

28. FEBRUAR
nationale Abstimmungen

15. APRIL
Koordinationskonferenz

16. APRIL
Delegiertenversammlung

24. JUNI
Koordinationskonferenz

25. JUNI
Delegiertenversammlung

Das Gastgewerbe braucht SIE!

Oh sicher...der
Zimmerpreis ist inklusive
Endreinigung gerechnet...
aber das Personal dafür ist uns
weg-kontingentierte worden!



Das Gastgewerbe ist auf
ausländische Mitarbeitende
angewiesen –
heute und morgen!
Daher:
Masseneinwanderungsinitiative
flexibel umsetzen!

Mehr zum Thema: www.gastrosuisse.ch

GASTRO  SUISSE



**HEIRATEN WIE
ANNO 1915?
NEIN** ZUR RÜCKSTÄNDIGEN
CVP-EHE-INITIATIVE

